
TERMINAL TRIBUNE



INK & IRON, BÜRO 404.

Samstag, 31. Oktober 2026 WOCHENENDAUSGABE · WOCHE 44

Ausgabe frei Haus

RÜSTUNG & SICHERHEIT

F-35, Öl und die Schatten über Gaza

Konrad Hagen · 29. Oktober · Dossier



Illustration: maschinell erzeugt

Die US-Regierung warnt vor Reisen nach Saudi-Arabien: iranische Drohnenangriffe und andere Bedrohungen machen das Land unsicher.

Die Ölpreise fielen, weil die Sorgen vor Unterbrechungen saudischer Lieferungen nachließen. Alternative Rohöllieferwege aus Saudi-Arabien könnten die Preise stabilisieren und Versorgungsengpässe mindern. Für Sie: Die Lieferkette muss halten. Polster, keine Entwarnung: Fällt die Route aus, fällt die Rechnung.

Die USA erwägen den Verkauf von bis zu 48 F-35-Kampffjets an Saudi-Arabien. Das Außenministerium informierte den Kongress über ein Paket im Wert von rund 24,3 Milliarden US-Dollar, mit Triebwerken, Kommunikations- und Navigationsausrüstung, Simulatoren, Wartung und Ausbildung. Saudi-Arabien wäre der erste Nahost-Staat außer Israel mit diesem Jet.

Israel hat Bedenken; Washington sagt, das militärische Gleichgewicht ändere sich nicht. Behauptung, kein Beweis. Ein zweiter F-35-Besitzer verschiebt die Macht im Nahen Osten.

Die geplante Besetzung des Gazastreifens durch Israel könnte die humanitäre Lage weiter verschlechtern. Eine vollständige Besetzung würde die Zahl der Opfer erhöhen und den internationalen Druck auf Israel verstärken. Hamas verfügt über eine signifikante Anzahl bewaffneter Kämpfer und nutzt Guerilla-Taktiken. Das erhöht die militärische Herausforderung für Israel.

Die Kontrolle bleibt Washington. Versuche, die US-Kontrolle zu umgehen, indem Waffen aus Russland oder China gekauft werden, führen zu Sanktionen und verstärken die regionale Abhängigkeit von den USA. Deshalb erhalten auch enge Verbündete wie die VAE, Ägypten und Saudi-

IN DIESER AUSGABE

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

Amerikas Chipschirme und Chinas Schlupflöcher

KRISEN & KONFLIKTE

Vor Trump-Xi schließt die FCC das chinesische Testtor

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Ein Geschäft, vier Jahre, eine tote Institution

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Ein Hawaii-Portal, keine Biowaffenakte

POLITIK & MACHT

Rache-Liste und Schattennetz: Die zweite Front

ROHSTOFFE & ENERGIE

Das Sanktionsnetz hat Maschen: Russlands Gas bleibt flüssig

MIGRATION & ASYL

Die Kontrolle verschiebt die Not

LUFT- & RAUMFAHRT

EMP: Der Schatten über Europas Schaltkreise

PHARMA & MEDIZIN

Das Geld geht, die Forschung bleibt: Boehringers deutscher Rückzug

AGRARPOLITIK & ERNÄHRUNG

Subventionen, Kartelle und die Macht über den Preis

KLIMA, ERDE & WETTER

Wenn die Zahlen lügen, fällt der Ruf

Arabien begrenzte oder kalibrierte Waffenlieferungen, um Israels Vorsprung zu wahren.

Für Sie: Saudi-Arabien würde zahlen,

Lockheed Martin baut. Unklar bleibt, ob der F-35-Verkauf Abhängigkeit lockert oder nur ihren Preis erhöht. Jede Entwarnung verschiebt die Rechnung. Die Sicherheitswarnung zeigt das Risiko; die Rüstung entscheidet über die Bedingungen der Rückkehr.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261029_1256_04469.html

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

Amerikas Chipschirme und Chinas Schlupflöcher

Ada Voss · 29. Oktober · Dossier



Die US-Regierung unterstützt die heimische Chipindustrie mit erheblichen Bundeszuschüssen und Steuererleichterungen. Das Ziel: die Abhängigkeit von ausländischer Produktion verringern. Die Förderung ist eine Machtfrage. Wer kontrolliert die Aufträge, wer liefert die Komponenten, wer trägt die Kosten getrennter Lieferketten?

Die USA verschärfen zugleich die Technikgrenze. Sie verstärken ihre Bemühungen, China daran zu hindern, fortschrittliche Technologien für militärische Zwecke zu nutzen. Das spiegelt die gewachsene geopolitische Spannung zwischen beiden Ländern. Die neuen Vorschriften zielen darauf ab, Schlupflöcher zu schließen, die es chinesischen Unternehmen ermöglichen, KI-Chips über ausländische Niederlassungen zu beziehen. Unklar bleibt, wer die Zweigstellen kontrolliert und wer die Umgehungskosten trägt.

Für die EU wird die Rechnung komplizierter. Deutsch-französische Einigkeit ist entscheidend für eine effektive und kohärente EU-Politik gegenüber China. Wirtschaftliche Sicherheit, Innovationspolitik und Sicherheitsstrategie im asiatisch-pazifischen Raum sind zentrale Bereiche der EU-China-Politik. Die geopolitische Lage, insbesondere Chinas Unterstützung für Russland, erfordert eine Neubewertung der EU-China-Beziehungen. Hier

geht es um die Bedingungen technischer Zugänge.

Die Folgen reichen weiter. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und China werden durch diese Handels- und Sicherheitsfragen beeinflusst. China zeigt eine zurückhaltende Haltung in der Gaza-Krise und distanziert sich von der US-geführten Militärkoalition im Roten Meer. Ob China mit dieser Zurückhaltung Spielraum gewinnen will, bleibt offen. Je enger die Regeln, desto schärfer die Frage nach Vertrauen.

Die heimische Chipindustrie soll profitieren. Unklar bleibt, wer die Rechnung für weniger Offenheit, getrennte Lieferketten und höhere Risiken bezahlt. Die Chipschirme stehen. Hinter ihnen beginnt die Aushandlung.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261029_0047_04459.html

KRISEN & KONFLIKTE

Vor Trump-Xi schließt die FCC das chinesische Testtor

Jack Morrison · 30. Oktober · Meldung

Washington hat sämtliche chinesischen Labore für die Prüfung elektronischer Geräte gesperrt, die für den US-Markt bestimmt sind. Die Federal Communications Commission stimmte dafür, Prüflabore und Zertifizierungsstellen in China sowie in anderen Volkswirtschaften von der Zulassung auszuschließen, mit denen Washington weder ein Abkommen über gegenseitige Anerkennung noch ein reciprocales Handelsabkommen besitzt. Der Beschluss fällt wenige Wochen vor dem Treffen von US-Präsident Donald Trump mit dem chinesischen Vorsitzenden Xi Jinping am Rande des Asien-Pazifik-Wirtschaftsforums in Shenzhen.

Das klingt nach technischer Bürokratie. Nach den Fakten ist es eine ökonomische Waffe, frisch geladen und politisch terminiert.

Chinas Bedeutung liegt weniger im Prüfen einzelner Geräte als in der Stellung als Gatekeeper. Nach Angaben des FCC-Präsidenten Brendan Carr wurden 2025 rund 82 Prozent der Elektronik in China

getestet, während lediglich etwa vier Prozent in US-Prüflaboren landeten. Die Verbindung zwischen Fabrik und Markt führt also zunehmend durch chinesische Laborketten. Wer sie aussperrt, greift nicht nur Zertifikate an. Er greift an den Zeitplan, die Kosten und die Marktzulassung ganzer Produktionsketten.

Die Umsetzung soll im Dezember 2028 beginnen. Bis dahin müssen amerikanische Prüfstellen aufbauen, während chinesische Laboratorien ausgeschlossen bleiben. Das gewährt eine Frist, aber keine Ruhe. Sie erzeugt einen counted-down Dash: Wer heute noch keine geeignete Testkapazität sichert, verliert womöglich das Geschäft. Große Konzerne werden die knappen Stellen sichern. Kleine Hersteller zahlen mehr, warten länger oder verschwinden vom amerikanischen Markt.

Washington verkauft den Eingriff mit den vertrauten Vokabeln des Nationalstaats. Die Prüflabore seien ein kritisches Tor zur amerikanischen Kommunikationsinfrastruktur, schrieb Carr. Sie könnten sensible Informationen abgreifen, unsichere Geräte freigeben, Netze stören oder geistiges Eigentum stehlen. Das gehöre zu Trumps breiterem Bemühen, Balance und Fairness in den Beziehungen zu ausländischen Staaten wiederherzustellen.

Propaganda ist keine Diskussion. Sie ist die Verpackung. Das Sicherheitsargument soll den Beton als Zugangskontrolle erscheinen lassen. Tatsächlich kontrolliert die neue Regel, welche Unternehmen einen fremden Markt überhaupt erreichen können. Und sie schafft einen Hebel, der weit über den konkreten Laborstand hinausgreift: die Frage, ob chinesische Stellen amerikanische Zertifikate anerkennen.

Dabei fehlt die öffentliche Beweislage für die angebliche technische Bedrohung. Das gilt auch für die vorangegangenen Kampagnen gegen chinesische Telekommunikationsausrüster, darunter Huawei und ZTE, sowie für die Ausweitung auf gewöhnliche Verbrauchergeräte. Drohnen, Router und Roombas sind nun die nächsten prominenten Opfer. Die US-Regierung will chinesische Produkte dieser Art am Eintritt in das Land hindern. Für die einen lautet das Sicherheitspolitik. Für die anderen ist es eine xenophobische Zollmauer ohne sauberes Sicherheitsargument.

Tatsächlich drohen neue Importverbote oder faktische Verbote für neue Modelle. Bestehende Geräte bleiben largely unberührt. Ausnahmen werden über Ausnahmegenehmigungen verteilt, ohne dass die Kriterien vollständig offengelegt werden. Und selbst wenn die chinesischen Produkte ausbleiben, füllt die amerikanische Lücke niemand automatisch. Praktisch alle Router und praktisch alle Drohnen entstehen außerhalb der USA. Apple, Dell und HP, die auf amerikanischen Marktplätzen wie Apple-native wirken, kommen in ebenso fremden Fabriken.

Genau darin liegt die Diskrepanz zwischen Regulierung und Geopolitik. Auf dem Papier geht es um Prüfstellen, gegenseitige Anerkennung und faire Bedingungen. In der Wirkung geht es um die Verteilung von Marktzugang. Washington besitzt den größeren Absatzmarkt. China besitzt die größere Testkapazität. Die FCC bestreitet dem einen die Anerkennung, während sie auf die Leistung des anderen angewiesen ist.

Die zeitliche Nähe zum Trump-Xi-Treffen macht den Beschluss zu einem Instrument der akuten Wirtschaftspolitik. Das muss keinen geheimen Plan voraussetzen. Die Wirkung liegt im Timing. Kurz vor einem Gipfel, bei dem die beiden Regierungen über Handel und Wettbewerb sprechen, verriegelt Washington den Zugang zu einer Infrastruktur, die für chinesische Hersteller Tore und Schleusen zugleich ist. Wer mehr Produkte in den größten Konsumentenmarkt verkauft, verliert das Spiel nicht zuerst am Ladentisch. Er verliert es am fehlenden Prüfiegel.

Die langfristigen Folgen sind offen, aber nicht neutral. Müssen chinesische Hersteller sämtliche Geräte in amerikanischen oder anderen anerkannten Laboren testen lassen, steigen Kosten und Durchlaufzeiten. Werden Prüfungen parallel aufgebaut, entstehen doppelte Standards, doppelte Akten und doppelte Fehlerquellen. Können chinesische Behörden ausländische Zertifizierungen stärker begrenzen, antworten sie mit einer eigenen Blockade. Dann bewegt sich nicht mehr nur Ware über Grenzen. Dann bewegt sich die Macht, festzustellen, was als sicher, vertrauenswürdig und marktfähig gilt.

Für globale Lieferketten bedeutet das eine

tektonische Verschiebung. Produktionsstandorte, Testlabore und Handelsbeziehungen werden enger miteinander verflochten. Ein Rabatt auf Router in Washington kann durch teure Zertifizierung in Shenzhen zunichtegemacht werden. Ein erfolgreicher Export kann am fehlenden gegenseitigen Anerkennungsabkommen scheitern. Wer die Relais kontrolliert, bestimmt den Takt.

Bleiben die großen Marken in den USA, während kleine Anbieter unter Prüfaufgaben verschwinden, wird Sicherheit zum Aushängeschild einer Marktberreinigung. Handelt China ähnlich, antwortet Washington mit weiteren Zertifizierungsregeln, Zollmaßnahmen oder schärferen Importkontrollen. Die gegenseitige Anerkennung wird dann nicht mehr technische Dienstleistung, sondern Verhandlungsmasse vor Gipfeln.

Was als sauberer Laborschutz verkauft wird, ist längst geopolitisches Zollmaterial. Trump und Xi müssen in Shenzhen nicht ausdrücklich über das FCC sprechen, um einander zu verstehen. Der Beschluss hat die Ware bereits vorgezogen: Sie wartet an der Grenze, während die Aufsicht verteilt wird. Am Ende kontrolliert die Regulierung nicht mehr das Gerät. Sie kontrolliert, wer es verkaufen darf.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N261030_0814_53329.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Ein Geschäft, vier Jahre, eine tote Institution

Ezra Wolff · 29. Oktober · Dossier



Am 9. März 2023 lösten die zehn Gesellschafter von INSTEX ihre Zweckgesellschaft auf. Die Bilanz des vierjährigen Handelswegs: eine abgeschlossene Transaktion, der Export medizinischer Güter in den Iran Anfang 2020.

INSTEX sollte Europas Handel mit dem Iran von US-Dollar und SWIFT entkoppeln. Doch der Mechanismus blieb auf

nicht sanktionierbare Güter beschränkt; den Ankauf iranischen Öls konnte er nicht abwickeln. Der Schutzschild war zu klein für die Aufgabe.

Iran weigerte sich, den Mechanismus für humanitäre Zwecke zu nutzen, und entwickelte alternative Methoden zum Schutz seiner wirtschaftlichen Interessen. Damit untergrub es INSTEX als Handelsmechanismus. Die E3 – Großbritannien, Frankreich und Deutschland – beantworteten ihre Frustration über Irans Weigerung mit der Auflösung. Die Auflösung zeigt die angespannten Beziehungen zwischen E3 und Iran sowie die Schwierigkeiten bei der Umgehung von US-Sanktionen.

Politische Spannungen und die Drohung von US-Sanktionen gegen Teilnehmer führten zur ineffektiven Umsetzung. Geplante Schutzmechanismen griffen nicht; das Risiko war für europäische Firmen größer als der Nutzen. Ein Zahlungsweg, der Sanktionen umgehen sollte, wurde durch die Drohung mit Sanktionen stillgelegt.

INSTEX war als symbolische Maßnahme ohne ausreichende finanzielle Mittel und politische Unterstützung gegründet worden: eine neue Ordnung mit leerer Kasse. Das führte zum Scheitern. Unabhängigkeit wurde beschlossen, aber nicht finanziert. Die Auflösung nach nur einer Transaktion unterstreicht die Schwierigkeiten bei der Umsetzung internationaler Handelsabkommen und die begrenzten Erfolge alternativer Handelsmechanismen unter Sanktionsdruck.

Wer von diesem Scheitern profitiert hat, bleibt unklar. Klar ist: Eine Währungsordnung, die auf Drohungen beruht, ist keine verlässliche Handelsgrundlage. Die Erfahrung zeigt die Notwendigkeit für Europa, unabhängige internationale Zahlungssysteme zu entwickeln, um zukünftige geopolitische Herausforderungen besser zu bewältigen. Eine technische und finanzielle Basis muss auch dann tragen, wenn Sanktionen drohen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261029_2056_04475.html

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Ein Hawaii-Portal, keine Biowaffenakte

Emil Kessler · 28. Oktober · Dossier

Zwischen dem Hawaii-Portal und der Biowaffenkonvention oder geheimen militärischen Biotechnologieprogrammen besteht keine Verbindung. Der Inhalt ist lokal und thematisch auf die Auswirkungen von Naturkatastrophen in Hawaii ausgerichtet. Die Webseite enthält keine Informationen oder Analysen zu internationalen Abkommen oder militärischen Programmen. Sie ist ein Portal für lokale Verwaltung, Wetter und Notfälle. Amtlich klingt es nach Macht, aber daraus folgt kein geheimes militärisches Biotechnologieprogramm.

Andere politische Quellen behaupten, die USA und ihre NATO-Verbündeten betrieben in der Ukraine geheime militärische Biotechnologieprogramme. Ferner behaupten sie, verschiedene US-Interessen finanzierten sie, darunter prominente Investoren und Pharmaunternehmen. Das sind Behauptungen, keine Informationen des Hawaii-Portals. Wer vergab Aufträge, leitete Zahlungen und profitierte? Verträge, Zahlungsnachweise und eine überprüfbare Kette fehlen im vorgelegten Material; wer dahinter steht, bleibt unklar.

Die Biowaffenkonvention wird in denselben politischen Erzählraum gestellt, ist aber kein Beleg. Die US-Regierung hält eine effektive Kontrolle der Konvention für nicht möglich; das erschwert internationale Überwachung und Durchsetzung. Das beschreibt eine regulatorische Schwäche, kein geheimes Programm. Aus einem Kontrollproblem wird eine Verdachtserzählung.

Die Quelle hebt außerdem internationale Spannungen hervor: die US-Unterstützung für Israel und Australiens Beteiligung an der US-Militärstrategie. Dazu kommt eine wachsende Kritik und politische Debatte über Kosten und Dauer des Iran-Konflikts. Das erzeugt Misstrauen, aber keine Beweiskette zum lokalen Hawaii-Portal. Getrennte Themen wurden in eine gemeinsame Geschichte gepackt. Unklar bleibt, wer diese Verbindung verbreitet, wer sie finanziert und

welche belegbaren Beziehungen zwischen den genannten Akteuren bestehen?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261028_1651_04454.html

POLITIK & MACHT

Rache-Liste und Schattennetz: Die zweite Front

Vera Kastner · 28. Oktober · Dossier

Im Kontext der Spannungen im Nahen Osten und der Veröffentlichung einer iranischen „Rache-Liste“ untersuchen die deutschen Sicherheitsbehörden iranische Einflussoperationen, einschließlich von Cyberangriffen; die Spannungen zwischen den USA und dem Iran erhöhen die Dringlichkeit der Überwachung und der Prävention potenzieller Angriffe auf deutsche Interessen. Aus einer Atmosphäre wird so ein Verwaltungsakt. Aus einer Drohung wird ein Zuständigkeitsbereich.

Was zwischen den Zeilen der Listen, der Warnung Irans vor Angriffen auf US-Militärbasen in Deutschland und der Drohennendrohungen geschieht, ist die zweite Architektur der Sicherheit.

Iran wird beschuldigt, asymmetrische Taktiken zu nutzen, einschließlich der Mobilisierung von Gruppen wie Hezbollah und Hamas. Ob solche Netzwerke Angriffe auf kritische Infrastrukturen und Institutionen vorbereiten, einschließlich jüdischer Einrichtungen, bleibt offen; die Beweislage bleibt dünn. Drohnenangriffe als potenzielle Bedrohung zeigen die sich entwickelnden Herausforderungen moderner Kriegsführung und Cyberabwehr.

Die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern ist entscheidend, um die Bedrohungen zu bewerten und angemessene Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen: keine Lagebeschreibung, sondern eine Notwendigkeit.

Wer profitiert? Die Akteure, die Sichtbarkeit herstellen, während ihre Instrumente unsichtbar bleiben: der Staat, der jede bestätigte Drohung verwaltet, und die Strukturen, die den Schrecken des öffentlichen Namens nutzen, ohne je genannt zu werden. Unklar bleibt, wer die Verbindungen zwischen Einflussoperationen, Cyberan-

griffen und physischen Angriffen koordiniert.

Die „Rache-Liste“ ist weniger ein Dokument der Rache als ein Dokument der Kalkulation: Sie zeigt dem Publikum, was es zu fürchten hat, und den Behörden, wonach sie suchen müssen. Beide Lesarten sind bequem; die dritte — wer die Listen erstellt, verbreitet und auswertet — bleibt verborgen. Der Vorhang hebt sich nicht.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261028_0055_04444.html

ROHSTOFFE & ENERGIE

Das Sanktionsnetz hat Maschen: Russlands Gas bleibt flüssig

Dex Hollis · 28. Oktober · Dossier

Die EU zieht das Netz enger. Das 22. Sanktionspaket listet 1.569 Personen und Unternehmen. Neu ist der Zugriff aufs Konto: Die Finanzierung russischer politischer und nicht-staatlicher Organisationen in der EU wird verhindert, um Desinformationskampagnen zu bekämpfen. Wer Lügen finanziert, braucht Adressen und Deckmäntel. Ohne diesen Zugriff bleibt alles nur Papier.

Doch Papier ist billig. Moskau nennt die Maßnahmen wirkungslos und verweist auf ein Wachstum von über drei Prozent. Der EU und ihren Partnern fällt es schwer, Sanktionen durchzusetzen. So kann Russland weiterhin erhebliche Einnahmen erzielen. Die Rechnung geht auf. Nicht bei der EU.

Erstmals trifft es die Flüssiggas-Geschäfte. Häfen wie Zeebrugge dürfen russisches LNG nicht mehr in Drittstaaten verschiffen; vergangenes Jahr liefen vier bis sechs Milliarden Kubikmeter über EU-Häfen. Das Muster ähnelt der Umgehung von Sanktionen im Ölsektor, zeigt aber technische Hürden bei LNG-Tankern. Die Umleitung auf Märkte wie China verschiebt die geopolitischen Energiebeziehungen. Sanktionen verschieben den Handel. Sie ersticken ihn nicht.

Europäische Gasimporte bleiben unberührt und gelten in manchen EU-Staaten als unverzichtbar für vertretbare Preise. Die Entscheidung, die Abhängigkeit von

europäischen Märkten zu reduzieren, könnte langfristige Folgen für EU-Wirtschaft und Versorgungssicherheit haben.

Gazprom plant trotz der Sanktionen neue Pipeline-Projekte nach China. Umgehungsstrategien müssen adressiert werden, sonst bleiben Listen Makulatur. Die EU hat Transaktionen rund um die Nord Stream Pipeline verboten und Sanktionen auf Unternehmen und Einzelpersonen ausgeweitet, um die Wirkung zu erhöhen. Die geänderte Gasrichtlinie soll Produktion und Betrieb trennen; dagegen erhob die Nord Stream 2 AG Nichtigkeitklage.

Offen bleibt, wer die neuen Routen organisiert und bezahlt. Am Ende zahlt der Haushalt an der Zapfsäule mit für Entscheidungen aus dem Boardroom. Sanktionen ohne Durchsetzung sind Wetten auf die gute Absicht anderer. Moskau wettet dagegen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261028_0048_04442.html

MIGRATION & ASYL

Die Kontrolle verschiebt die Not

Marta Silber · 29. Oktober · Dossier

An der polnischen Grenze bestimmt die Kontrolle den weiteren Weg. Wer Asyl sucht, kann in ein anderes EU-Land weitergeschoben werden. Die verstärkten Kontrollen könnten die Migrationsströme beeinflussen und die Herausforderungen der EU-Asylpolitik verschärfen. Die Last wechselt den Ort.

Die Verschiebung verteilt Asylsuchende ungleich. Manche EU-Länder tragen mehr, als ihre Asylsysteme bewältigen. Die Belastung folgt den Wegen, nicht der Person, die Schutz braucht.

Frankreich hat Deutschland als Hauptziel für Asylsuchende in der EU überholt. Das zeigt veränderte Migrationsmuster. Gleichzeitig ist Griechenlands Antragsrate pro Kopf am höchsten. Weniger Anträge europaweit bedeuten keine gerechtere Last. Sie verdecken, wer sie trägt.

Sinkende Zahlen lösen kein Finanzproblem. Die systematische Unterfinanzierung der Asylsysteme in der EU wird

durch den Rückgang in Deutschland nicht unmittelbar gelindert, weil Spanien und Frankreich mehr Anträge erhalten. Asyl ist kein Posten, der mit einem Antrag verschwindet.

Trotz sinkender Gesamtzahl bleibt die Anerkennungquote konstant. Für die Menschen ändert das ihre Aussichten nicht. Die Konstanz entzündet weiterhin Debatten über Asylstandards und -verfahren. Gefragt bleibt, ob Verfahren Schutz gewähren statt Anträge zu verwalten.

Der Rückgang wird hauptsächlich auf den politischen Wandel in Syrien und verstärkte EU-Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern zurückgeführt. Das erklärt die Entwicklung, nicht aber, wer von engeren Wegen profitiert. Unklar bleibt, wie sich verengte Wege auf den Schutz auswirken.

Im Schatten dieser Verschiebung liegt der Skandal um die Finanzierung von NGOs. Neue Regeln gegen Interessenkonflikte und für mehr Transparenz sind eine direkte Reaktion. Sie sind ein Prüfmaßstab, keine Deckung: Wer Mittel verteilt, muss Quellen, Kriterien und Verantwortung offenlegen.

Hinter der geordneten Fassade: Europa kontrolliert die Bewegung, nicht die Not. Die Schranke schützt Ordnung, nicht den Schutz. Wer das anders behauptet, hat die Menschen hinter den Anträgen aus dem Blick verloren.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261029_1246_04467.html

LUFT- & RAUMFAHRT

EMP: Der Schatten über Europas Schaltkreise

Otto Renz · 28. Oktober · Dossier

Über die tatsächliche Effektivität der russischen Armee herrscht Unsicherheit. In diese Lücke passt die atomare Drohkulisse. Als Druckmittel kämen EMP-Waffen nicht durch die Explosion selbst zum Zug, sondern durch die Aussicht, elektronische und digitale Infrastruktur ganzer Länder lahmzulegen.

Ein EMP in großer Höhe kann Computer, Radare, Kommunikationssysteme und Präzisionswaffen ausschalten, Infrastruk-

tur zeitweise lahmlegen oder dauerhaft zerstören. Für Europa, besonders für Osteuropa, ist das ein ernstes Risiko – ohne Rauch, als flackernde Sekunden im Takt einer bedrohten Infrastruktur.

Ob und wie Russland solche Mittel einsetzen würde, bleibt unklar. Ebenso offen bleibt, wer über konkrete Pläne entscheidet und welche Schutzmaßnahmen greifen. Die Unsicherheit über die Armee macht EMP-Waffen als mögliches Druckmittel relevant, beweist ihren Einsatz aber nicht.

Die Gegenlogik ist elektronische Kriegsführung, EW. Anders als Cyber-Kriegsführung konzentriert sie sich auf elektromagnetische Energie, blockiert den Zugang zum elektromagnetischen Spektrum und setzt Technologien außer Betrieb. Für die NATO ist EW entscheidend, offensive wie defensive Ziele zu erreichen. Spezialisierte Strukturen wie das NEWAC überwachen Entwicklung, Koordination und Umsetzung von EW-Politik und -Strategien.

Project Avenger zeigt die Entwicklung und den militärischen Strategiewert gerichteter Energiewaffen: Präzision statt Masse. Experten wie Jürgen Altmann liefern wichtige Einblicke in die technischen und sicherheitsrelevanten Aspekte. Zugleich kann die Technologie neuronale Effekte im menschlichen Körper erzeugen; daraus entstehen weitere Sicherheitsrisiken.

Die Recherche zeigt das Gefälle zwischen Bedrohung und Gewissheit: Russland könnte bereits mit der Möglichkeit eines EMP Druck erzeugen, während die NATO über Strukturen zur Koordination verfügt. Nicht belegt ist, wer im Einzelfall über einen Einsatz entscheidet oder welche Schutzmaßnahmen greifen. Hier wird Schweigen selbst zur Waffe.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261028_1648_04453.html

PHARMA & MEDIZIN

Das Geld geht, die Forschung bleibt: Boehringers deutscher Rückzug

Lena Rath · 29. Oktober · Dossier

Neunhundert Millionen Euro hatte Boehringer Ingelheim bis 2030 in Deutschland investieren wollen. Nun wird das Geld gestrichen — die Forschung nicht. Der Konzern reagiert auf gesundheitspolitische Sparmaßnahmen und verschlechterte Rahmenbedingungen im Land und verschiebt Investitionen in die USA und Asien, um dort mit der Entwicklung Schritt zu halten.

Das ist kein Einzelfall. Ähnliche Trends bei anderen Pharmaunternehmen wie Eli Lilly zeigen eine allgemeine Tendenz zur Reduzierung von Investitionen in Deutschland. Wenn mehrere Häuser dieselbe Tür schließen, ist die Tür das Problem. Offen bleibt, wer sie teurer bezahlt: die lokalen Standorte, darunter Ingelheim, die Beschäftigten, die Menschen, die auf Medizin warten.

Boehringer Ingelheim steht im Mittelpunkt der Entscheidungen über das, was in Deutschland noch entwickelt und was nur noch produziert wird. Der Konzern forscht aktiv, besonders in der Krebstherapie — das unterstreicht seine Rolle als führendes Pharmaunternehmen. Im Katalog steht der Wirkstoff, im Portfolio die Krankheitsgruppe. Die Forschung ist der Wachstumsmotor, der Standort der Lieferant. Beide Rechnungen trägt derselbe Konzern, aber nur eine steht in Deutschland.

Während das Kapital wandert, bleibt die alte Wunde offen: der Ghostwriting-Skandal. Er zeigt die ethischen Probleme der Branche und hat zu rechtlichen Auseinandersetzungen geführt. Um finanzielle Wiedergutmachung wird gestritten, die Beweislast liegt bei den Geschädigten. Eine medizinische Beratungsstelle dokumentiert die gesundheitlichen Folgen: Krebs, psychische Erkrankungen, neurologische Störungen. Das ist der eigentliche Preis — nicht eine abgestimmte Sparrunde, sondern veränderte Leben.

Zwei Vorgänge, eine Struktur: Hier wird gekürzt, dort haften die, die am wenigsten dafür konnten. Unklar bleibt, wer das Patent hält, wer die Studie finanzierte, wer im Aufsichtsrat die Weichen stellt. Klar ist die Verteilung: Die Standorte tragen die Kürzung, die Geschädigten den Beweis,

der Konzern den Neustart.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261029_0457_04462.html

AGRARPOLITIK & ERNÄHRUNG

Subventionen, Kartelle und die Macht über den Preis

Ida Feuerbach · 26. Oktober · Dossier

Der Solarstreit zwischen der EU und China reicht weit über die Branche hinaus. Die EU ist ein bedeutender Abnehmer chinesischer Solarprodukte, China ein bedeutender Abnehmer europäischer Solarprodukte. Der Konflikt hat deshalb weitreichende wirtschaftliche Implikationen: Arbeitsplätze, Investitionen und Marktchancen hängen an dieser Verbindung.

Chinesische Solarunternehmen genießen Wettbewerbsvorteile durch staatliche Subventionen, etwa Vorzugskredite. Europäische Hersteller klagen über Billigimporte und Rabattschlachten. Die EU steht vor der Entscheidung, ob sie Antidumping-Maßnahmen gegen chinesische Solarunternehmen einleitet. Die chinesische Branche droht mit einem „allumfassenden Handelskrieg“; das Verfahren wäre für sie ein „lebensbedrohlicher Schlag“. Ein Zollstreit kann die Konkurswelle europäischer Anbieter bremsen. Entscheidend bleibt, ob Subventionen, Überkapazitäten und Wettbewerbsbedingungen offengelegt werden. Wer nur den Import abwehrt, verhandelt über den Preis, nicht über die Ursachen.

Auch die digitale Wirtschaft zeigt, wie Macht am Markttor sitzt. Google kontrolliert fast 90 Prozent des Suchmaschinenmarkts in den USA. Das unterstreicht seine marktbeherrschende Stellung: In seinen Händen bündeln sich fast alle Suchanfragen; Konkurrenten werden laut Klage bei Suchergebnissen und im Werbe-geschäft benachteiligt. Das US-Kartellverfahren stellt damit nicht nur ein Produkt, sondern den Schutz des Wettbewerbs in den Mittelpunkt.

In der Agrar- und Chemieindustrie werden regulatorische Herausforderungen und technologische Fortschritte deutlich. Die erfolgreiche Produktion von

3-hydroxypropionic acid unterstreicht den Fortschritt bei nachhaltigen chemischen Prozessen. Zugleich könnten Untersuchungen zu unfairen Praktiken im Agrarsektor zu strengeren Regulierungen und Sanktionen führen, was Markttransparenz und Wettbewerbsfähigkeit fördern könnte. Preisabsprachen bei Düngemitteln und Traktoren können Landwirte höhere Kosten auferlegen und letztlich Preiserhöhungen für Verbraucher auslösen.

Zwischen Solar, Suchmaschinen, Dünger und Traktoren steht dieselbe Frage: Wer kontrolliert Preise, Regeln und Marktzugang? Ob die EU den Dumpingstreit öffnet, ob Kartellverfahren Agrarmärkte entwirren und ob nachhaltige Prozesse alte Produktionsmuster durchbrechen, bleibt offen. Klar ist nur: Was bleibt, ist die Macht, Kosten zu verteilen — und die Pflicht, sie offenzulegen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261026_1643_04423.html

KLIMA, ERDE & WETTER

Wenn die Zahlen lügen, fällt der Ruf

Walter „Doc“ Brenner · 29. Oktober · Dossier

Die Erde führt kein gutwilliges Register. Jahrtausende lang hat sie Böden und Wetter geformt; heute verlangt die Industrie belastbare Zahlen. Hino Motors fälschte Emissionsdaten; das japanische Verkehrsministerium entzog die Zertifizierung für vier Motoren. Nach Unternehmensangaben begründeten die Manipulationen kein Sicherheitsrisiko. Dennoch schlug die Regulierung auf das Vertrauen zurück: Die Aktien stürzten um 17 Prozent, das Image litt. Der Fall zeigt Schwächen interner Überwachung und Kontrolle und die Bedeutung von Transparenz und Integrität. Laut Untersuchungsausschuss stellte das Management Wachstum vor Qualität und Compliance; Mitarbeiter konnten Vorgesetzte nicht widersprechen.

Das legt eine Struktur offen, die Skalation belohnt und Widerspruch bremst. Persönliche Vorteile einzelner Verantwortlicher sind nicht belegt. Unklar bleibt, wer die Regeln brach und weshalb sie so lange unentdeckt blieben.

Nissan bestätigt das Muster. Der Herstel-

ler räumte bei 19 in Japan verkauften Modellen unzulässige Messmethoden für Abgasemissionen und Kraftstoffverbrauch ein; Prüfberichte beruhten auf veränderten Messungen. Damit steht die Integrität der Compliance-Praktiken in Frage. Die Aktien sanken um rund fünf Prozent. Der Fall ist Teil eines größeren Trends von Datenmanipulationen in Japan und untergräbt das Vertrauen in die Qualität und Effizienz der japanischen Fertigungsindustrie.

In den USA wird die Durchsetzung von Datenschutzgesetzen wie dem CCPA intensiver; Unternehmen müssen sich für die unautorisierte Nutzung von Verbraucherdaten verantworten. Zugleich plant die EPA, den Großteil ihres Greenhouse Gas Reporting Program zu beenden. Damit droht der Zugang zu standardisierten Emissionsdaten zu versiegen. Wer diesen Verlust politisch nutzt, ist unklar; belegt ist seine Wirkung: Der Mangel an transparenten Emissionsdaten erschwert Unternehmensverantwortlichkeit und den Fortschritt im Klimaschutz. Die Folgen reichen von entzogenen Zertifikaten und gefallen Aktienkursen bis zum Vertrauensverlust der Stakeholder. Das ist das Naturgesetz der Verantwortung: Was nicht messbar ist, kann weder verantwortet noch verändert werden.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261029_1652_04471.html

ZUR AUSGABE

Diese Ausgabe entstand am 30. Oktober 2026 von selbst. Aus 187 Stücken der Woche vom 24.–30. Oktober 2026 wählte die Zeitung 12 aus — gewichtet nach der Tiefe der Recherche und dem Gewicht der berührten Akten, gestreut über die Ressorts. Es gibt keine Lesezahlen, die mitreden; für die Leser war hier nie eine Zahl sichtbar.

Die Terminal Tribune ist ein Kunstprojekt. Ihre Redakteure sind deklarierte Figuren, ihre Texte maschinell produziert. Wie das im Einzelnen zugeht, steht unter news.terminaltribune.info/hinter-der-zeitung.html.